

40 Jahre

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

Februar 2012

Jahrgang 41

Auftragseingang 6,4 Milliarden Euro, Konzernverdienst +64 Prozent

Nicht kleckern - klotzen!

Jetzt sind die VOITHianer, die Metaller dran

Mit der IG-Metall-Tarifrunde 2012 - die Massenkaufkraft stärken!

Die Kolleginnen und Kollegen von VOITH-Paper legten wegen eines ungerecht verteilten VOITH-Standort-Bonus die Arbeit nieder. Sie nahmen den Kampf um den Inhalt ihres Geldbeutels noch zum Jahresende 2011 in die eigenen Hände. Die mit persönlichen Zeitopfern abgearbeiteten Auftragseingänge für einen traumhaften Konzernverdienst im Vergleich zum Vorjahr rechtfertigten ihren Kampfeinsatz.

Reallohnverluste ausgleichen

Wir und sicher auch die Spitzenfunktionäre der IG Metall erinnern sich genau an die Tarifabschlüsse der Jahre 2008 bis 2010 mit Laufzeiten bis März 2012. Die Beschäftigten auf der einen Seite bezahlen nicht nur die Krise sie stellen gleichzeitig fest, dass sich auf der anderen Seite die Ertragsbilanzen der Unternehmen und ihrer Aktionäre prächtig erholt haben. An der Lohn- und Gehaltsfront kann es keinen Krisenabschlag geben. Die Kohle für einen kräftigen Schluck aus der Lohnpulle ist gegeben.

Genau 108 Milliarden in Deutschland konnten ihr Vermögen im letzten Jahr um 6,5 Prozent erhöhen. Vielen fällt dabei sofort ein: „6,5 Prozent - dies

wäre eigentlich, für 12 Monate, ein guter Tarifabschluss“.

Mit starker Inlandsnachfrage Krise bekämpfen

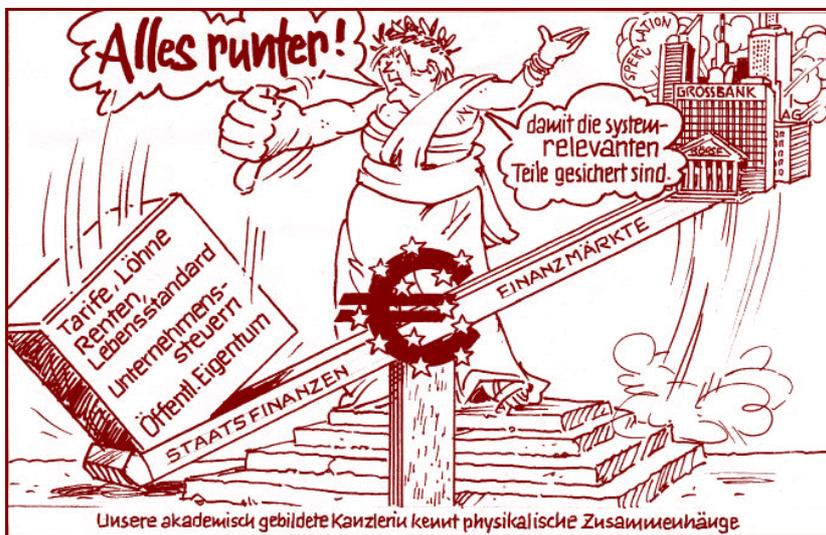
Seit 2000 sind die Reallöhne in der BRD um 4,5 Prozent gesunken. Beschäftigte mit einem durchschnittli-

chen Krise bereits die Notwendigkeit von Lohnzurückhaltung. Verschiedene Gewerkschaften sprechen sich gegen Krisenabschlüsse sonder für eine Nachholrunde aus. Jörg Hofmann, Landeschef der IG-Metall Ba.-Wü. ist sich bewusst, dass der Metallindustrie 2012 eine

harte Tarifrunde ins Haus steht: „Das kann sich zuspitzen. Denn viele Beschäftigte haben angesichts hoher Umsatzrendite und dicker Gewinne im laufenden Jahr hohe Erwartungen.“

Nur eine reine Lohn- und Gehaltsforderung

Jede noch so berechtigte Nebenforderung oder gar Vorverhandlungen schmälern das Ziel nach einem kräftigen Schluck aus der Lohnpulle.



chen Verdienst haben heute real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche, als vor 10 Jahren. Und das in einem Land mit einer hochproduktiven Wirtschaft, vor allem in der Industrie. Und einem Land, in dem die Reichen immer reicher werden. Um aus der Krise zu kommen muss die Massenkaufkraft gestärkt werden.

Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit

Die Kaffeesatzleser des Kapitals verkünden in den Medien angesichts der

Die Belegschaften und die betrieblichen IG Metallfunktionäre kennen die klassische Lohnformel: Höhe der Lohnforderung = Preissteigerungsrate + Arbeitsproduktivität + Umverteilungskomponente, letztere beinhaltet die jahrelang fallende Lohnquote.

Die betriebliche Diskussion hat begonnen, denn am 23. Februar beschließen die Tarifkommissionen und am 28. April endet die Friedenspflicht. Sind 6,5% ausreichend um auch den unteren Entgeltgruppen gerecht zu werden? ★

Erster Rentnerjahrgang muss länger arbeiten

Trotz aller Proteste der Gewerkschaften und Einwände der Opposition: Wer 2012 den 65. Geburtstag feiert, wird erstmals einen Monat länger arbeiten müssen, um eine Rente ohne Abzug zu bekommen. Denn mit dem Neujahrstag startet die Rente mit 67. So war im Frühjahr 2007 von der damaligen großen Koalition beschlossen worden. Die SPD will davon heute am liebsten nichts mehr wissen. Das Gesetz sieht vor, dass das gesetzliche Rentenalter von derzeit 65 auf 67 Jahre angehoben wird: In 18 Schritten bis zum Jahr 2029. Bis 2023 verschiebt sich das Renteneintrittsalter zunächst um jeweils einen Monat nach hinten, danach im Zwei-Monats-Rhythmus. Die ersten, die bis 67 für eine Rente ohne Abschläge arbeiten müssen, sind die 1964 und später Geborenen.



Werkverträge auf dem Vormarsch

Mit Werkverträgen haben die Unternehmen einen neuen Hebel gefunden, um die Löhne zu drücken. Denn anders als bei der Leiharbeit gilt hier kein Mindestlohn. Zudem sind industrielle Dienstleistungen auf Werkvertragsbasis derzeit noch unreguliert. Diese Form des Lohndumpings will die IG Metall nicht hinnehmen. Das Geschäft mit Dienstleistungen auf Werkvertragsbasis boomt. Nach der Leiharbeit haben die Unternehmen damit eine weitere Möglichkeit gefunden, Arbeitskraft geringer zu entlohnen. Inzwischen werden in den Betrieben zunehmend Bereiche ausgelagert, deren Leistungen anschließend über Werkverträge wieder eingekauft werden. Auf diesem Weg werden allerdings gleichzeitig die Leistungen gedrückt. Denn gerade die industriellen Dienstleister bezahlen außerordentlich schlecht, Mitbestimmungsrechte werden umgangen und Tarifverträge gibt es kaum. Die Unternehmen suchen gezielt Bereiche, die sie auslagern können. Dazu gehören Logistikfunktionen, Instandhaltung und Service, die Bearbeitung von Projekten in der Entwicklung oder bei IT. Sogar Vormontagen werden durch "Fremdpersonal" erledigt. Damit setzen die Unternehmen die eigene Belegschaft unter Druck.



Armut im Alter

Immer mehr ältere Menschen in Deutschland brauchen einen Nebenjob - obwohl sie schon im Rentenalter sind.

Darauf hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt hingewiesen. Nach Angaben der Gewerkschaft waren insgesamt 751599 Senioren in Deutschland als Mini-Jobber beschäftigt. Damit stieg die Zahl der Senioren-Jobber in den vergangenen acht Jahren um 26 Prozent. 2003 wurden die Daten erstmalig erhoben. Die wenigsten Senioren jobben, weil ihnen das eine willkommene Abwechslung im Rentenalltag bringt. Die allermeisten müssen arbeiten, weil sie von ihrer Rente alleine nicht leben können. Die IG

BAU macht einen Trend aus: "Immer weniger Menschen in der Bundesrepublik schaffen es, sich nach einem langen Berufsleben tatsächlich zur Ruhe zu setzen. Statt wohlverdienstem 'Rentenabend' droht immer mehr Senioren der Fall in die Altersarmut". Die Gewerkschaft sieht sich durch die steigenden Zahlen der Senioren-Jobber in ihrer Forderung nach einer "armutsfesten, gesetzlichen Rentenversicherung" bestätigt.

Besonders groß ist das Risiko von Altersarmut nach Ansicht der IG BAU bei Geringverdienern. "Wer sein Leben lang für einen Niedriglohn gearbeitet hat, wird auch im Alter jeden Cent zweimal umdrehen müssen. Das wird morgen die treffen, die heute in Deutschland nur mit einem geringen Stundenlohn, mit Zeitarbeit oder mit Mini-Jobs über die Runden kommen. Wir müssen den Dumpinglöhnen, der Leiharbeit und dem Wildwuchs bei befristeten Jobs den Garaus machen".



Die Reichen geben Kredite, anstatt Steuern zu bezahlen

Weltweit sind die Reichen heute reicher als vor der Krise. Auch Deutschland wächst nur noch für die Reichen. Während der Reallohn für Otto Normal-Verdiener zwischen 2000 und 2010 um 2,5% sank, ist das private Geldvermögen seit 2000 um 39 % auf die schwindelerregende Summe von 4 880 Mrd. Euro gestiegen. Die Hälfte ist im Besitz von 1 Prozent der Bevölkerung. Allein im Jahr 2010 vermehrten die Reichen in Deutschland ihr Geldvermögen um 220 Mrd. Euro. Ein Zuwachs, mehr als doppelt so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt mit 101 Mrd.



Staatsministerium antwortet:

Dem Bürokratieausbau - direkte kommunale Demokratie geopfert!

Das ehemals in § 81 der Gemeindeordnung von Ba.-Wü. gesicherte Recht, auf den Haushaltsentwurf des Gemeinderats durch Bürgerinnen und Bürgern per Einwände und Anregungen unmittelbar Einfluss zu nehmen, die dann vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu entscheiden waren, wurde von der schwarz/gelben Vorgängerregierung abgeschafft. Dieses Recht sei kaum in Anspruch genommen worden wurde begründet, deshalb habe man es zum Bürokratieabbau verwendet.

Seltames

Demokratieverständnis

Ein demokratisches Bürgerrecht einfach zu streichen ist ein Akt von politischer Willkür und wäre wohl eher der

Mappus CDU/FDP Regierung im Ländle zugetraut worden.

Grün-Rote Enttäuschung

Die ehemals so basisdemokratische Partei Die Grünen und die Partei eines Willi Brands, der zu „mehr Demokratie wagen“ aufrief, enttäuschten erbärmlich. Das vom Kommunalpolitischen Arbeitskreis der DKP an die Staatssekretärin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium gerichtete Schreiben, den klamm heimlich veränderten Beteiligungs-Paragrafen in sein altes Bürgerrecht zurück zu versetzen, wurde mit den gleichen Argumenten beantwortet und abgelehnt.

Empfehlung mehr Bürokratie

Mit einem Vorschlag neuer Art wird



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

aus dem Staatsministerium aufgewartet. Aus dem Staatsministerium wird vorgeschlagen „Bürgerhaushalte“ zu verlangen. Ein „Bürgerhaushalt“ ist ein Haushaltsplan, der im Idealfall von der Stadtverwaltung in eine für den Bürger verständliche Form gebracht werden muss. Ein fürchterlicher bürokratischer Umweg.

Ein Bürgerhaushalt ist der vereinfachte Haushaltsplan fürs Volk. Das Original für die Intelligenz im Gemeinderat.

Im Kommunalpolitischen Arbeitskreis der DKP wird überlegt ob für die Zukunft, der Empfehlung der Landesregierung folgend, auch einen Bürgerhaushalt zu beantragen ist.



VOITH - Berufsbildung statt Parkplätze



Nach der millionenschweren Dr. Kormann-Verabschiedung 2008 und der danach von Dr. Lienhard gestrichenen Prestigeinvestition eines sog. multinationalen Head Office, wird dieses VOITH-interne Grundstück (Pfeil) als PKW-Parkplatz genutzt. Parallel dazu trifft VOITH Vorbereitungen sich auf dem Ploucquet-Areal an der Sankt-Pöltener-Straße weiter in die Stadt hinein auszuweiten.

Ein internes Grundstücksfilet für Parkplätze? Sicherlich, VOITH-Beschäftigte fordern betriebsnahe Parkplätze. Ihre Arbeitszeitregelungen sind alles andere als ÖPNV freundlich. Rund um die Uhr müssen VOITHianer schnell und zuverlässig verfügbar sein. Der motorisierte Individualverkehr gewährleistet diesen Unternehmensanspruch.

VOITH plant nicht kurzatmig sondern nachhaltig für die kommenden Generationen. Nur, nicht allein die Renditeplanung für die Gesellschafter und für Manager, sondern auch in der Mitarbeiterplanung zählt, wie dieselben ohne persönlichen Stress, des morgens und des abends ihren Produktionsplatz erreichen und verlassen können.

ÖPNV-Zuschüsse helfen

Gagfah peift auf OB Ilg

Das hat die Gagfah-Immobilien „Heuschrecke“ so an sich. Für sie zählt die Grundstücks- und Wohnungsspekulation mit dem Wohnungsleerstand und mit den Baugrundstücken in Heidenheim. Zu den Schandflecken in den Wohngebie-

ten trägt nicht nur die Gagfah bei. OB Ilg muss am erbärmlichen Zustand der Wohngebiete eine nicht geringe Mitschuld angelastet werden. War er es doch, der maßgeblich am GBH-Wohnungsverkauf beteiligt war. Zudem war auch er es, der die Miet- und Wohnungspolitik nicht als kommunale Kernaufgabe sieht. Seine an die Gagfah gerichtete Kritik, über ihre Leer-

stände nachzudenken wurde mit Bürgerbeifall belohnt. Den Worten müssen jetzt auch Taten folgen. Eigene kommunale Gestaltungsvorschläge müssen auf den Ratstisch. Mit baurechtlichen Veränderungssperren und Vorkaufrechten zur eigenen kommunalen Gestaltung muss der Gagfah das Spekulationsgeschäft vermiest werden.



VOITH - "Kormann" - Platz für die Berufsbildung

Der Arbeitskreis der DKP bleibt dabei. VOITH sollte seine Innovationskräfte nutzen und gemeinsam mit den Trägern des Öffentlichen Nahverkehrs, Konzepte entwickeln, wie aus dem Umland das Umsteigen der Beschäftigten auf Bus und Bahn erleichtert werden kann. Beispielsweise eine VOITH-ÖPNV-Karte für Beschäftigte. Eine solche langfristige und nachhaltige Initiative würde der ständig hervorgehobenen VOITH-Geschäftsphilosophie nach gutem Arbeits- und Gesundheitsschutz, eher gerecht. Weniger motorisierter Individualverkehr, weniger Betriebsgelände für unrentable Parkplätze. Eine solche Perspektive ist nicht kurzatmig sondern langfristig, nachhaltig. VOITH hätte auf seinem Gelände eine betriebsnahe Berufsbildung. Die Stadt Heidenheim hätte freie Fläche und kann bürgernah investieren. Und der VOITHianer hätte einen stressfreiern Arbeitsweg.

Faschismus im Europäischen Ausland

Griechenland:

Seit der Regierungsumbildung im November 2011 ist mit der LAOS-Partei auch eine Partei der extremen Rechten darin vertreten. Die erstmalig 2004 ins europäische und 2007 auch ins griechische Parlament eingezogene Partei verfügt heute über 16 nationale und zwei europäische Parlamentsabgeordnete. Ihre Merkmale sind Antisemitismus, Homophobie und Antikommunismus. Getragen wird sie von wachsendem Rassismus in der Bevölkerung. LAOS wird sich nicht gegen die von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnten drastischen "Sparmaßnahmen" der Regierung wenden.

Italien:

Zehntausende Italiener vereinigten sich Mitte Dezember im Protest gegen die Morde an migrantischen Straßenhändlern aus Senegal. In Florenz gingen 20.000 Menschen auf die Straße, Demonstrationen gegen Rassismus gab es auch in Mailand, Turin, Neapel, Bari, Genua, Verona und Bologna. Der 50jährige Mörder Gianluca Casseri war in die neofaschistische Organisation Casa Pound eingebunden, der landesweit 20.000 Mitglieder und etwa 50 Stützpunkte zugeordnet werden. Von der Casa Pound führen auch zahlreiche Fäden in europäische Neonazi-Netzwerke und zu deutschen Neonazis, u.a. zum sächsischen Nazi-Bildungswerk "Für Heimat und nationale Identität e.V." und zur NPD nach Nordsachsen.

Estland:

Die Regierung Estlands will Freiwillige, die einen Eid auf Adolf Hitler leisteten, gesetzlich in den Rang von "Freiheitskämpfern" erheben. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll im März dem Parlament in Tallinn vorgelegt werden, die Annahme gilt als sicher. Damit wird in Estland garantiert, dass die Reihe der offiziell geförderten jährlichen Treffen von Angehörigen der Waffen-SS aus verschiedenen Ländern fortgesetzt werden kann – trotz scharfer Proteste der russischen Minderheit im Lande und aus Moskau.

Ungarn:

In einem Aufruf deutscher "nationaler Gruppen" werden ihre Anhänger eingeladen, auch in diesem Jahr an den Veranstaltungen in Budapest zum "Tag der Ehre" (der Verteidigung gegen die Rote Armee im Februar 1945 durch die von den ungarischen Faschisten mobilisierten eigenen militärischen Verbände im Verbund mit der Waffen-SS) teilzunehmen.

Lettland:

Nach den Parlamentswahlen wird die Partei "Visu Latvijaj" (Alles für Lettland) in der Regierung vertreten sein. Mit ihren Parolen gegen den russischsprachigen Bevölkerungsteil (28 Prozent der 2,3 Millionen Einwohner), den sie aus Lettland deportieren will, ihrer Rolle als Mitveranstalter der jährlichen SS-Veteranentreffen im Baltikum und ihrem Auftreten in der Parteiform mit Runenarmbinde zeigen sich ihre Anhänger deutlich als Neonazibewegung.

Verantwortlich für die Zusammenstellung: Dr. Roland Bach

nnpd

NPD-Verbot jetzt!

„Nur den Nazis ist zu Nutz das Treiben des Verfassungsschutz“

„Wenn ich all meine verdeckten Ermittler aus den Gremien der NPD abziehen würde, dann würde die NPD in sich zusammenfallen“, erklärte CDU-Innenminister Rech im Februar 2009. Aber abgeschaltet wurden die V-Leute nicht. Kein einziger der in den letzten Jahren bekannt gewordenen Nazimorde, Anschläge oder Versuche dazu wurde von diesen V-Leuten oder dem Verfassungsschutz als Ganzes aufgedeckt oder gar verhindert. Deshalb V-Leute abschalten und NPD verbieten. V-Leute sind Neofaschisten, die oftmals mit ihren aus Steuergeldern finanzierten Honoraren den Aufbau der Nazistrukturen unterstützen. Der Verfassungsschutz stellt sich immer mehr als eine unkontrollierbare Gefahr für die Demokratie heraus.

Kampf dem Faschismus: Demo in Linz Österreich



Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.

Ich möchte

mehr Infos über die DKP Name, Vorname _____

UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen _____

Kontakt zur DKP in meiner Nähe Straße, Hausnummer _____

Mitglied der DKP werden PLZ, Ort _____

Einsenden an: DKP Heidenheim
Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06
Fax: (07321) 92 42 06
E-Mail: pueschel-reinhard@t-online.de

Informationen der DKP an Infoständen und bei DKP Stadtrat Reinhard Püschel

E-Mail-Adresse _____
Sonstige Informationen an die DKP: _____

**Unsere
Krisenberater**



V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz